

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Sozialpolitik

TOP 17

Manfred Ritzek:

Junge Menschen mit Verschuldungsgefahr konfrontiert

Es ist zu begrüßen, dass die Initiative der CDU-Fraktion von Mitte 2002, der Verschuldung junger Menschen entgegen zu wirken, jetzt zu einem ersten Bericht der Landesregierung über die Verschuldung junger Menschen geführt hat und - was das Wichtigste ist - auch konkrete Maßnahmen, insbesondere präventive Maßnahmen – zur Problemerkennung und Schuldenvermeidung begonnen worden sind.

Einige knallharte Fakten seien nochmals hier erwähnt:

Eine Befragung von 19 Millionen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch das Instituts für Jugendforschung München hat einen Schuldenberg von fast 3,6 Milliarden Euro ermittelt, nach Angaben der Inkasso-Branche stehen junge Menschen bis 25 Jahren sogar mit über 5,1 Milliarden Euro in der Kreide.

Wie auch in dem Bericht der Landesregierung aufgeführt, ist in den alten Bundesländern bereits jeder 5. Jugendliche verschuldet. Lt. dem Institut für Jugendforschung sind 11 % der Jugendlichen in der Gruppe von 13 bis 24 Jahren im Durchschnitt mit 1.500 € verschuldet, die 20 bis 24-jährigen stehen im Schnitt bereits mit 5.000 € im Minus.

Der Bericht der Landesregierung weist auf zwei zentrale Erkenntnisse der Schuldenneigung junger Menschen hin:

Erstens ist die Schuldenneigung umso größer, je geringer das Zahlungswissen ist, also das Wissen über die Bedeutung von eigenem verfügbarem Geld und einem Kredit, der notfalls zur Schuldenbegleichung aufgenommen werden muss und der abgezahlt werden muss.

Zweitens ist die Schuldenneigung umso größer, je jünger die Menschen sind, besonders betroffen ist die Gruppe der 20- 24-Jährigen. Richtigerweise wird auch das Phänomen der „vererbten Armut“ angesprochen, also die Übertragung der Armut von den Eltern auf die Kinder.

Der Bericht der Landesregierung weist auf die Ursachen der Verschuldung hin, hier insbesondere auf die Kosten der Mobilfunknutzung, die von der SCHUFA als dominantes Problem ermittelt wurde.

Die UMTS-Nutzung kann das Problem noch verstärken.

In diesem Jahr ist UMTS (Universal Mobil Telecommunications Systems) teilweise ans Netz gegangen. Wenn diese System für die Betreiber nicht endgültig zum Flop werden soll, werden die verbliebenen UMTS-Anbieter alles Mögliche in aggressive Werbung reinstecken, um die Planzahl von mindestens 50 € Monatsgebühr pro Nutzer zu erzielen.

Andere Untersuchungen weisen darauf hin, dass nach wie vor auch die Kosten für die Anschaffung eines Fahrzeuges, einer eigenen Wohnung, Urlaub auf Kredit, aber insbesondere auch die Ausgaben im Freizeitbereich, für Internetnutzung, PC einschließlich Software große Verschuldungsgefahren bergen.

Folgende zusätzliche Thesen aus Befragungs- und Expertengesprächen sollten über den Bericht hinaus Anregungen für weiteres Untersuchungspotential zur Prävention geben:

- Schülerinnen und Schüler haben Erfahrungen im Umgang mit „Leihen und Verleihen“, mit „Kredit und Schulden“. Nur das Moment „Zinsen und Kredite“ liegt für viele außerhalb des persönlichen Erfahrungsfeldes.
- Die Erfüllung eingegangener finanzieller Verpflichtungen wird im Hinblick auf den Zeitpunkt der Rückzahlung locker gesehen.
- Bei der konkreten Verschuldung spielt die Frage, ob eine Rückzahlung in der abgesprochenen Weise tatsächlich möglich ist, bei den meisten keine tragende Rolle. Eltern/ Großeltern, die im ersten Stadium „Leiher“ sind, nehmen es mit den Rückforderungen nicht so ernst. Das führt zu Fehleinschätzungen auch für die Zukunft, wenn diese als „Leiher“ nicht mehr ausreichen.
- Schülerinnen und Schüler sind überwiegend vor Negativverfahren im Sinne von konkreten Sanktionen noch bewahrt worden.
- Aussagen von Lehrerinnen und Lehrern, von Polizei und Jugendämtern lassen erkennen, dass sich aus Verschuldungen keine erkennbaren problematischen Verhaltensweisen Dritten gegenüber ergeben, z.B. Gewaltakte im Kontext einer Schuldenregulierung oder Beschaffungskriminalität.

Was ist zu tun:

Die im Bericht der Landesregierung genannten Projekte als Präventionsmassnahmen wie die Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Schuldnerberatung“, das vom Land mitfinanzierte DRK-Infocenter „Fit for Money“ mit Schwerpunkt Region Kiel, das Projekt „Schuldenprävention an Schulen“ als Ergänzung des Präventionsangebotes der landesweit 37 örtlichen Schuldnerberatungsstellen, die stärkere Öffentlichkeitsarbeit mit den realisierten 22.000 Broschüren „was kostet die Welt“ sind Erfolg versprechende präventive Ansätze.

Auf die Broschüre mit 10.000 Auflage „Schuldnerberatung“ müssen wir noch warten, ebenso auf die Präventionsbibliothek, die stärkere Einbindung der Presse für Präventionsziele sowie die Ausrichtung einer Fachtagung und eines Aktionstages. Das ist erst mal für Anfang 2004 versprochen. Warten wir mal ab. Interessant wäre aber, wer alles an der Vorbereitung mit welchem Inhalt an diesen Projekten mitarbeitet.

Interessant wäre es auch, wenn Schleswig-Holstein mal selbst eine spezifische Untersuchung mit qualifizierter wissenschaftlicher Begleitung durchführen würde. Es hört sich gut an, wenn es eine Koordinierungsstelle für die Entwicklung der beiden Broschüren „Schuldnerberatung“ und „was kostet die Welt“ gibt, aber das sagt nicht viel aus über Tiefe der Untersuchung und über die Qualität. Ich bin gerne bei der Vermittlung einer Universität behilflich, die sich mit dem Problem der Verschuldung junger Menschen wissenschaftlich befasst.

Wir alle haben die Möglichkeit, in unseren Gesprächen mit Jugendlichen, Schulen und Vereinen auf die Problematik der Verschuldung hinzuweisen. Insbesondere wäre es wichtig, dass Kolleginnen und Kollegen mit den Schuldnerberatungsstellen vor Ort Kontakt aufnehmen, um persönlich und nachhaltig diese bei der Umsetzung der Präventionsmaßnahmen zu unterstützen.

Eine lohnende Aufgabe zum Schutz unserer jungen Menschen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.